

WIRTSCHAFT

LIECHTENSTEINER VATERLAND

FREITAG, 15. NOVEMBER 2013 **33**

VW ruft Millionen Autos zurück

Wolfsburg. – Europas grösster Autobauer Volkswagen sieht sich mit einem der grössten Rückrufe in der Konzerngeschichte konfrontiert. Weltweit gibt es Qualitätsprobleme bei gut 2,6 Millionen Fahrzeugen. Es gehe zum einen um Tiguan-Modelle, die wegen Reparaturen am Licht zurück in die Werkstätten müssten. Darüber hinaus meldete VW, freiwillig einen Ölwechsel für weltweit alle Fahrzeuge mit 7-Gang Doppelkupplungsgetrieben anzubieten, die mit synthetischem Öl befüllt sind. Zudem werden Nutzfahrzeuge Typ Amorak wegen Undichtigkeiten an Kraftstoffleitungen zurückgerufen. (sda)

Behörden wollen mehr Google-Daten

Mountain View. – Behörden verlangen von Google immer häufiger, die Daten von Nutzern herauszugeben. In den vergangenen drei Jahren hat sich die Anzahl dieser Anfragen nahezu verdoppelt, wie aus dem gestern veröffentlichten Transparenzbericht des Internetkonzerns hervorgeht. Demnach forderten die Behörden verschiedener Länder, unter ihnen auch die Schweiz, in den ersten sechs Monaten dieses Jahres in knapp 25 900 Fällen Nutzerdaten an. Davon waren rund 42 500 Nutzer oder Accounts betroffen. (sda)

Spanien verlässt Rettungsschirm

Brüssel. – Nach Irland hat auch Spanien angekündigt, nach dem Ende seines internationalen Hilfsprogramms keine weitere Hilfe aus dem Eurorettungsfonds zu beantragen. Spanien will auch keinen Vorkredit in Anspruch nehmen. Die spanische Regierung hatte 2012 ein 100-Milliarden-Euro-Paket zur Rekapitalisierung seines maroden Bankensektors beantragt. Davon nahm Spanien schliesslich lediglich rund 40 Milliarden Euro in Anspruch. (sda)

Schweiz gerät unter Druck

Das Bekenntnis Liechtensteins zum automatischen Informationsaustausch erhöht den Druck auf die Schweiz. Der Bundesrat lehnt einen solchen Schritt zwar nicht mehr grundsätzlich ab, will aber abwarten.

Von Charlotte Walser

Bern. – Das eidgenössische Finanzdepartement wollte den Entscheid Liechtensteins gestern nicht kommentieren. Man habe ihn zur Kenntnis genommen, hiess es auf Anfrage. Die Schweiz setze auf den internationalen Standard zum automatischen Informationsaustausch. Noch vor einem Jahr hatte sich der Bundesrat gänzlich gegen einen Automatismus gestellt. In einem Bericht zur Finanzmarktpolitik hielt er fest, dass er den automatischen Informationsaustausch weiterhin ablehne und stattdessen auf die Abgeltungssteuer sowie die Amts- und Rechtshilfe setze.

Internationalen Standard abwarten
Kurz darauf relativierte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf allerdings das kategorische Nein und tonte die Bereitschaft zu Verhandlungen an. Die Schweiz könne sich den Diskussionen nicht verschliessen. Es gelte jedoch zu klären, welche Informationen genau ausgetauscht würden.

Die Kehrtwende erfolgte dann im Juni dieses Jahres. Der Bundesrat beschloss, dass die Schweiz an der Entwicklung des OECD-Standards zum automatischen Informationsaustausch mitwirken und diesen dereinst auch übernehmen soll – jedoch erst, wenn der Standard in der G-20, der OECD und auf den wichtigsten Finanzplätzen anerkannt und eingeführt ist.

Zu dieser neuen Einschätzung gelangte der Bundesrat aufgrund der internationalen Entwicklungen. Eine Expertengruppe um Aymo Brunetti war in einem Bericht zum Schluss gekommen, dass der automatische Informationsaustausch schon bald zum globalen Standard werden dürfte – und dass sich die Schweiz darauf einstellen sollte. Die Experten empfahlen dem Bundesrat, nicht abzuwarten, sondern schon vor der Einfüh-



Unter Beschuss: Der Druck auf den Finanzplatz Schweiz wächst

Bild Keystone

rung eines globalen Standards Verhandlungen aufzunehmen. Dies ging dem Bundesrat aber zu weit.

Verhandlungen mit der EU

Bei den anstehenden Verhandlungen mit der EU über eine Revision des Zinsbesteuerungskommens soll es denn nach dem Willen des Bundesrates auch nicht um den automatischen Informationsaustausch gehen. EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta liess dagegen verlauten, dieser sei und bleibe das Ziel der EU in diesen Gesprächen.

Ob die Schweiz rascher Konzessionen macht, wenn immer mehr Länder sich für den automatischen Informationsaustausch entscheiden, wird sich zeigen. Bisher gab der Bundesrat jeweils erst dann nach, wenn der Druck aus dem Ausland so gross wurde, dass die Schweiz keine andere Wahl hatte.

Das Ziel war es stets, Sanktionen zu vermeiden, die mit dem Eintrag der Schweiz auf schwarze Listen drohten. Der erste wichtige Schritt zur Aufweichung des Bankgeheimnisses erfolgte im März 2009. Damals beschloss der Bundesrat, in der Steueramthilfe die

Regeln der OECD anzuwenden. Dies bedeutete zunächst, dass die Schweiz nicht nur bei Steuerbetrug, sondern auch in Fällen von Steuerhinterziehung Amtshilfe leistete. Bald schon zeigte sich jedoch, dass die Schweiz den Standard zu restriktiv auslegte. Sie musste die Praxis ändern.

Auch Gruppenanfragen

In einem nächsten Schritt musste die Schweiz auch bei Gruppenanfragen Amtshilfe leisten, da dies neu zum OECD-Standard gehörte. Dies hatte der Bundesrat ursprünglich ausschliessen wollen. Damit war es aber nicht getan. Vor Kurzem hat sich der Bundesrat damit einverstanden erklärt, weitere Empfehlungen umzusetzen: Steuersünder sollen nicht mehr in jedem Fall vorgängig informiert werden, wenn Daten über sie an andere Staaten übermittelt werden. Dies muss das Parlament noch genehmigen.

Die neuen Amtshilferegeln wurden in zahlreichen Doppelbesteuerungsabkommen verankert. Daneben handelte die Schweiz mit Grossbritannien und Österreich Steuerabkommen mit Abgeltungssteuer aus. Nachdem sich Deutschland gegen eine solche Lösung gestellt hatte, galt das Modell jedoch nicht mehr als zukunfts-trächtig. Geeignet hat sich die Schweiz vor Kurzem mit den USA. Beide Staaten unterzeichneten eine Vereinbarung, die es den Banken ermöglichen soll, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen. Geregelt ist auch die Zukunft: Die USA erhalten beinahe automatisch Informationen.

Kein Ende in Sicht

Mit dem neuen Steuergesetz Fatca verpflichten die USA ausländische Banken nämlich dazu, Konten von US-Kunden ihren Steuerbehörden zu melden, wenn sie nicht vom US-Kapitalmarkt ausgeschlossen werden wollen. Das Schweizer Parlament stimmte einem Abkommen zur Umsetzung von Fatca zähneknirschend zu.

Das Bankgeheimnis bröckelt nicht nur gegenüber dem Ausland. Auch im Inland ist eine Aufweichung geplant. Dagegen gibt es allerdings grossen Widerstand, bereits läuft die Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative. Ruhe wird an der Steuerfront also wohl noch lange nicht einklingen.

Wenn gute Schulnoten für die Lehrstelle nicht genügen

Gute Zeugnisnoten allein reichen oft nicht mehr für einen Lehrvertrag. Viele Firmen verlangen von den Bewerbern auch Leistungstests, die diese selber berappen müssen. Es gibt private wie staatliche Anbieter – und Kritik.

Von David Nägeli

Zürich. – Martin* erinnert sich noch gut an den Test bei Multicheck in Zürich. Es herrschte eine gewisse Anspannung im Raum. Die nächsten vier Stunden könnten darüber entscheiden, ob die Kandidaten die gewünschte Lehrstelle erhalten oder nicht. Sie hatten Wissensfragen zu beantworten, suchten Endungen für verschiedene Wortfragmente und planten eine Kadersitzung mit Übernachtung im fiktiven Kalender ihres Vorgesetzten. Multicheck ist nicht der einzige Anbieter von Lehrlingstests. Zu den pri-

vaten Anbietern gehört auch Basic-Check – die staatliche Alternative heisst Stellwerk und stammt aus dem Lehrmittelverlag St. Gallen.

Stellwerk vergleicht und fördert

Solche Leistungstests haben sich in der Schweiz in den letzten Jahren zur Selektion von Lehrlingen etabliert. Sie werden teilweise ergänzend, zum Teil auch anstelle der Schulzeugnisse zur Auswahl der Lehrlinge eingesetzt. Die Tests sind bei vielen Unternehmen beliebt. Diese wünschen sich nämlich oft allein grossflächig standardisierte Tests, da Schulzeugnisse je nach Lehrer und Mitschülern stark variieren würden.

Während der Multicheck von der Multicheck AG in Zusammenarbeit mit dem privaten Feusi-Bildungszentrum gestaltet und durchgeführt wird, entsteht Stellwerk unter Aufsicht einer Kommission des St. Galler Erziehungsrats und hat mehr den Vergleich und die Förderung, als die Se-

lektion zum Ziel. Urs Moser lehrt am Institut für Bildungsevaluation, das zwar wie eine Aktiengesellschaft organisiert, aber mit der Universität Zürich assoziiert ist. Er hat an der Entstehung des Stellwerk-Tests mitgewirkt. Gerade im Vergleich und in der Förderung sieht er einen Vorteil des Tests. «Selektion ist eine Aufgabe der Schule», betont Moser. Und er ergänzt: «Wenn Leistungstests durchgeführt werden, sollte dies in einem kontrollierten Raum stattfinden.»

Keine guten Noten für Multicheck

Seit eine Studie vor drei Jahren beim «Multicheck Detailhandel und Services» nur wenig Prognosekraft für den Lehrerefolg fand und somit den Nutzen für die Personalauswahl infrage stellte, verzichteten verschiedene Firmen auf ein Multicheck-Obligatorium. So wollen etwa die Migros Aare und Luzern künftig wieder vermehrt auf schulische Zeugnisse achten. Multicheck selber lässt die Eignungs-

analyse laufend prüfen. Gerade im Informatikbereich oder für eine Lehre als Polymechaniker besteht in vielen Fällen aber noch die Pflicht, die Multicheck-Eignungsanalyse beizulegen. Andere Branchen ziehen Stellwerk vor. Adrian Krebs, Geschäftsführer der Multicheck AG, sieht keine Anzeichen für Konkurrenz. Es hänge von den Vorlieben der Unternehmen ab, welche Tests sie vorziehen würden. «Aufgrund der unterschiedlichen Ausgestaltung der Testinhalte besteht keine direkte Konkurrenz zu anderen Tests für Jugendliche», sagt er.

«Notensystem wird unterwandert»

Junge Gewerkschafter kritisieren die Tests. «Das Geschäftsmodell von Multicheck baut darauf auf, Lehrlinge auszuhebeln und unterwandert unser Notensystem», sagt etwa der Zürcher Jungsozialist Fabian Molina. Krebs weist das zurück. Die Ausgaben für den Multicheck würden den Jugendlichen letztlich wieder zugutekommen. «Ein

Grossteil der Erträge wandert in andere Angebote», erklärt Krebs. «Zum Beispiel in die kostenlose Berufswahlanalyse.» Diese wird auch von Lehrern im Unterricht eingesetzt.

Auch Stellwerk und Basic-Check helfen, den passenden Beruf für die Schüler zu finden. Berufsberater stehen den Leistungstests aber kritisch gegenüber, vor allem wegen der anfallenden Kosten. «Wir wünschen niedrige Eintrittsschwellen in die Berufswelt», sagt Jörg Meyer von der Berufsbildung Luzern. Wenn Jugendliche etwa eine Schnupperlehre in sozialen und technischen Berufen absolvieren möchten, kann es vorkommen, dass sie mehrere Tests absolvieren müssen. So entstehen hohe Kosten, die die Einstiegsschwelle zu gewissen Berufen erhöhen. Dem versucht Multicheck in schwierigen Fällen entgegenzuwirken: Sozialhilfepflichtige können die Eignungsanalyse kostenlos ablegen.

* Name der Redaktion bekannt